



---

# 07.14

## Editorial

---

### Gesellschaft

Wie wir im Jahr 2030 wohnen werden  
Dürfen Demente wählen?

---

### Europa

Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien im Europaparlament

---

### Demografie

Führen mehr Krippenplätze zu mehr Geburten?

---

### Bildung

Babywatching in Kindergärten und Schulen

---

### Gesundheit

Organisierte Beihilfe zum Suizid  
Die IT – das Rückgrat des Krankenhauses

---

### Neue Medien

Krankenhäuser und die Nutzung sozialer Netzwerke

---

### Materialien

Brad Stone: Der Allesverkäufer. Jeff Bezos und das Imperium von Amazon

---

### Impressum

---

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Endspiel der Fußballweltmeisterschaft steht unmittelbar bevor. Wird es ein spannendes Spiel werden? Geht es in die Verlängerung? Kommt es zum Elfmeterschießen? Werden die Fans im Stadion, die Millionen Zuschauer vor den Fernsehgeräten und auf den öffentlichen Plätzen den Atem anhalten, wenn ein einziger Elfmeter über Sieg und Niederlage entscheidet? Wie gehen Torwart und Spieler mit so einer extremen Belastung um?

Pünktlich zur Weltmeisterschaft veröffentlichte die Deutsche Sporthochschule Köln zusammen mit den Universitäten Kassel und Münster einen Beitrag zum Thema Elfmeterschießen. Für diese wissenschaftliche Arbeit haben Professor Daniel Memmert, Professor Norbert Hagemann, Professor Bernd Strauß und ihre Mitarbeiter über 80 Studien zum Thema „Elfmeterschießen“ analysiert und ausgewertet.

Behandelt werden Fragen wie: Beeinflussen die Farbe des Trikots, die Wahl des Schützen, die psychologischen Fähigkeiten der Spieler und die Schussstrategie den Erfolg eines Elfmeters? Die Studienauswertung ergab, dass rote Trikots beim Spieler sich positiv auf seine Erfolgsaussichten auswirken. Man unterscheide bei den Spielern zwischen dem Typ „Promotion“, bei dem die Erwartungen an sich selbst im Vordergrund stehen, und dem Typ „Prevention“, der mehr von der Verantwortung geleitet werde. Die Forscher wiesen nach, dass die Erfolgsaussichten der „preventiven“ Typen höher seien. Bei den psychologischen Fähigkeiten käme es insbesondere darauf an, dass der Spieler stress- und angstresistent sei. Unter sportlichen Gesichtspunkten sind die Höhe, Richtung und Geschwindigkeit des Elfmeters entscheidend für den Erfolg. Für den Torwart sei die Chance bei nahezu bei 0 Prozent, wenn der Ball in das obere Drittel des Tores geschossen werde. Nur 12,9 Prozent der Elfmeterschützen versuchten diesen Bereich anzuvisieren. 30,4 Prozent nehmen das mittlere und 56,6 Prozent das untere Drittel des Tores aufs Korn. Die Torhüter könnten davon ausgehen, dass ein „Linksfuß“ in die (von ihm aus gesehen) rechte Ecke und ein „Rechtsfuß“ in die (von ihm aus gesehen) linke Ecke schießt. Irritierend auf den Spieler wirke es, wenn der Torwart sich im Tor bewege und die Arme nach oben hebe.

In einem Gastbeitrag „Die Weisheit des Wartens“ in der Zeitschrift „Gesundheitsbarometer“ der KPMG hat sich auch der Unternehmer und Bestsellerautor Dr. Rolf Dobelli mit einer der Fußballstudien näher beschäftigt. Demnach schießen Fußballer, die einen Elfmeter versenken wollen, in einem Drittel der Fälle nach links, in einem Drittel nach rechts und in einem Drittel in die Mitte des Tores. Die Torhüter hechteten zu 50 Prozent nach links und zu 50 Prozent nach rechts. So gut wie nie blieben sie in der Mitte stehen. Warum sei dies so? Weil es viel besser aussehe und es sich weniger peinlich anfühle, auf die falsche Seite zu springen, als wie ein Trottel in der Mitte stehen zu bleiben und den Ball an sich vorbeisegeln zu sehen. Dobellis Fazit lautet: „Wir handeln tendenziell zu schnell und zu oft. Daher: Wenn die Situation unklar ist, unternehmen Sie nichts, bis Sie die Situation besser einschätzen können.“

Sollte es beim Endspiel zum Elfmeterschießen kommen und der Torwart in der Mitte des Tores stehen bleiben, so ist also Respekt geboten, denn er hat bestimmt die Studie der Sportwissenschaftler gelesen.

---

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre Redaktion

*Der vollständige Artikel ist im Review-Journal International Review of Sport and Exercise Psychology nachzulesen und bei dem Erst-Autor [Prof. Dr. Daniel Memmert](#) von der Deutschen Sporthochschule erhältlich. Der Beitrag „Die Weisheit des Wartens“ von Dr. Rolf Dobelli ist [hier](#) abrufbar.*

## Gesellschaft

### Wie wir im Jahr 2030 wohnen werden

Wohnen in der Zukunft – was bedeutet dies in Bezug auf die Nutzung von Energie und moderner Materialien, auf neue Technologien, Dienstleistungen und Produkte? Beim Treffen der Steuerungsgruppe des Netzwerks „Soziales neu gestalten“ (SONG) am 13. Mai 2014 in Berlin stellte der Manager von „Universal Home“, Markus Wessel, ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur Zukunft des Wohnens in Form einer Zeitreise ins Jahr 2030 vor.

In dem Forschungsprojekt wurden Szenarien entwickelt, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen im Jahr 2030 leben werden. Die Zeitreise zeigt das Rentnerehepaar Müller, die Familie Bademann, eine junge Karrierefrau, einen smarten „Multijobber“ und eine geschiedene Frau mit erwachsenen Kindern in ihren Alltag im Jahr 2030.

An dem Projekt beteiligt waren Klimaforscher, Soziologen, Mediziner, Stadtplaner, Politiker und Ökonomen, die mehr als fünfzig wissenschaftliche Quellen wie Studien, Bücher, Marktforschungsergebnisse und Zukunftsszenarien ausgewertet haben. Berücksichtigt wurden Entwicklungen in den Themenfeldern soziales Umfeld, „Systemwelt Wohnen“, Ressourcenkreislauf, Flexibilität und Mobilität sowie Ökonomie. Aufbauend auf den Ergebnissen sollen entlang einer Wertschöpfungskette zum Thema Haus Produktinnovationen durch die systematische Vernetzung von Partnerfirmen entstehen.

„Universal Home“ ist ein Zusammenschluss von international führenden Unternehmen in den Bereichen Gebäudetechnik und Haushaltsgeräte, darunter u. a. Grohe, Miele, RWE Effizienz GmbH, Schott, Vaillant und WMF.

### Active Aging – das Motto der zukünftigen Rentnergeneration

Aktiv und gesundheitsbewusst, so ist der Lebensstil des Rentnerehepaars Müller geprägt. Sie leben in einer Mietwohnung zentral in der Stadt und verbringen ihre Zeit mit kurzen Reisen, Museumsbesuchen, ehrenamtlichem Engagement in der Kirchengemeinde und einer Leihenklin, die sie im internetgestützten Community-Care-Programm ihres Stadtviertels kennen gelernt haben.

Arztbesuche spielen bei diesen älteren Menschen keine Rolle mehr: Ihre leichte chronische Krankheit kann Frau Müller über ihr persönliches Infodisplay kontrollieren. Der Badezimmerspiegel checkt täglich die Vitaldaten, der Communicator erinnert an den Schluck Wasser zwischendurch und der Fußboden wird rutschfest, sobald er mit Wasser in Berührung kommt. Lichtspeicher erleuchten die Fenster des Hauses unabhängig von der Tageszeit und sorgen für eine aufgehellte Stimmung schon am frühen Morgen. Luftfilter lassen sich so steuern, dass Pollen und Schadstoffe draußen bleiben. Hausautomaten sorgen dafür, dass der Herd und andere Gefahrenquellen nach der Benutzung abgeschaltet werden. Das Leitungswasser ist dank moderner Haustechnik so veredelt, dass niemand mehr Mineralwasser in Kisten schleppen muss. Geessen wird frisches Gemüse aus dem eigenen Garten, selbstgekochte Marmelade und ansonsten eine „gesunde, leckere Auswahl an Bio-Lebensmitteln“.

### Shopping-Begleitservice und virtuelle Bewohner

Die Einkäufe werden bequem mit dem Elektroauto erledigt, das mit Solarstrom aufgeladen wird und mit „einer Art Autopilot“

fährt. Dabei hilft ein persönlicher Shopping-Begleitservice, der Diätpläne, Allergien und Vorlieben des Rentnerehepaares kennt und alle Lebensmittel mit einem Scanner entsprechend prüft.

Um sich fit zu halten, absolvieren die Müllers täglich das Trainingsprogramm, das ihr persönlicher Physiotherapeut ihnen zusammengestellt hat. Außerdem fährt Herr Müller auf dem Ergometer im Wohnzimmer durch virtuelle Wälder und Landschaften. Seine sportlichen Erfolge belohnt das System mit „besonders schönen Strecken“. Vor Einbrechern schützt sich das Ehepaar Müller mit einem „virtuellen Bewohner“, der Anwesenheit vortäuscht, wenn niemand zu Hause ist. In die Wohnung eingelassen werden aber sowieso nur Personen, die per Gesichtserkennung identifiziert wurden.

Mit ihren drei Stunden entfernt lebenden Enkeln kommunizieren Herr und Frau Müller mittels Holografietechnik. Diese ermöglicht die Darstellung von bewegten 3D-Bildern ohne zusätzliche Brille und das nahezu in Echtzeit.

### **Der Küchentisch als „multifunktionales Kommunikationselement“**

Auch die Lebenswelt von Familien mit Kindern hat sich in dem Szenario von „Universal Home“ im Jahr 2030 stark verändert. Beide Eltern haben jeweils zwei Jobs. Die Mutter arbeitet vormittags im Büro und korrigiert nachmittags Hausarbeiten für die Universität im Home-Office. Der Vater ist zusätzlich zu seiner regulären Arbeit an zwei Abenden in der Woche als Barkeeper tätig. Dinge, die zu Hause zu viel Platz beanspruchen und selten gebraucht werden, bewahrt ein Storage-Dienst auf, der jederzeit Lieferungen bringen oder abholen kann.

Der Küchentisch ist ein „multifunktionales Kommunikationselement“ geworden, der mit dem Haus und den Küchengeräten vernetzt ist. Über ihn lassen sich die gesamte Haustechnik und die Lichtverhältnisse steuern. Der Kühlschrank speichert Wärmeenergie und speist sie in das intelligente Heizsystem des Hauses ein. Der notwendige Strom wird über eine große Photovoltaikanlage und die Jalousien selbst erzeugt. Die Waschmaschine schaltet sich dann ein, wenn das Haus gerade Energie liefert. Was an Wärme und Strom nicht genutzt wird, wird in ein Nachbarschaftsnetz eingespeist.

Die Kinder lernen schon im Vorschulalter Spanisch mit einem Privatlehrer zu Hause. Tennis wird bei Regen nicht auf dem richtigen, sondern dem virtuellen Tennisplatz gespielt. Dazu verabreden sich die Kinder im Nachbarschaftsintranet, sodass die Eltern jederzeit den Überblick behalten, wo sich ihr Nachwuchs gerade aufhält. Auch der Elternsprechtag hat sich vom persönlichen Gespräch in der Schule ins Internet verlagert.

### **Fazit**

Die Zeitreise in die Zukunft des Wohnens bietet einige interessante und amüsante Gedankenspiele, von denen sicherlich einige schon bald Realität werden könnten. Was allerdings passiert, wenn die älteren Menschen pflegebedürftig werden oder an Demenz erkranken, hat das Forschungsprojekt nicht ausgearbeitet. Ebenso wenig wird auf diejenigen Bevölkerungsgruppen eingegangen, die weder mobil noch leistungsstark sind und sich auch nicht die neuesten Technologien und Unterstützungsdienste leisten können. Hier wird deutlich, dass „Universal Home“ als Netzwerk von Premiummarkenherstellern vornehmlich seine eigene

---

Kundengruppe vor Augen hat, wenn es um die Zukunft des Wohnens geht.

Folgt man dem Szenario von „Universal Home“, so wird sich unsere Gesellschaft zunehmend ins Private zurückziehen. Angesichts sozialer und ökologischer Probleme gehe es den Menschen künftig vor allem darum, „die Welt da draußen“ vor der eigenen Wohnungstür zurückzulassen und sich „ein möglichst stressfreies Leben in einem gemütlichen Zuhause“ zu machen. Ein neues Biedermeier-Zeitalter steht bevor.

*Wer sich darüber hinaus für die drei anderen drei Szenarien interessiert, kann sich die Broschüre „Willkommen in der Welt von Universal Home“ [hier](#) herunterladen oder das Video unter [www.universalhome.de](http://www.universalhome.de) ansehen.*

## Dürfen Demente wählen?

In der letzten Ausgabe der „trend informationen“ berichtete Tobias Nickl aus unserem Europabüro in Brüssel über die politische Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung in der EU. Personen, die gerichtlich vollständig unter Betreuung stehen, also in ausnahmslos allen Angelegenheiten Assistenz benötigen, sind in Deutschland mit der Begründung vom Wahlrecht ausgeschlossen, dass sie die Tragweite der Stimmabgabe nicht begreifen könnten. Schätzungsweise sind dies in Deutschland etwa 10.000 Personen. In vielen EU-Staaten wie beispielsweise den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Österreich gibt es diese Einschränkung für unter Betreuung gestellte Behinderte nicht.

Eine ähnliche Debatte hat sich nun um das Wahlrecht von Dementen entsponnen. In ihrer Ausgabe vom 25. Mai 2014, dem Tag der Europawahl, brachte die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)“ das Thema als Aufmacher auf der ersten Seite. Die Schlagzeile lautete „Tabu: Demente dürfen wählen. Doch oft füllen andere den Stimmzettel aus“. Eine umfangreiche Reportage von Markus Wehner auf Seite drei befasste sich darüber hinaus ausführlich mit der Frage „Wer wählt für die Dementen?“.

In Deutschland leidet rund die Hälfte aller 1,4 Millionen Demenzkranken an schwerer Demenz, zurzeit also etwa 700.000 Personen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl in zwanzig bis dreißig Jahren verdoppeln wird. Schwerdemente, die ihre eigenen Kinder nicht erkennen und kein Gericht mehr auf der Speisekarte aussuchen können, sind nicht mehr entscheidungsfähig. Mit der Wahlentscheidung seien sie regelrecht überfordert. Obwohl sie sich nicht erinnern können, dass, ob oder wen sie gewählt haben, steht ihnen das Wahlrecht zu. Nur wer vollständig unter gerichtlicher Betreuung steht, wird aus dem Wahlregister gestrichen. Wer zu Hause oder in einem Pflegeheim versorgt wird, erhalte normalerweise keinen staatlichen Betreuer „in allen Angelegenheiten“ und behalte dementsprechend auch sein Wahlrecht.

## Missbrauch des Wahlrechts

Könnte man nun davon ausgehen, dass fürsorgliche Angehörige oder andere Vertrauenspersonen auf dem Wahlzettel im Geiste des Dementen ankreuzen, so entstünde aus dieser Situation kein Problem. Auch in Pflegeheimen könnten Angehörige, Betreuer oder Pfleger versuchen, die Stimmzettel gemeinsam mit dem Demenzkranken auszufüllen. Der Pflegebedürftige werde jedoch nicht

immer gefragt, ob und was er wählen will, sondern mitunter stimmen der Pfleger, die Pflegerin oder die Heimleitung für ihn. Wie die „FAS“ berichtete, komme es zu einem Missbrauch des Wahlrechts, indem andere Personen die Stimmen der Demenzen für ihre eigenen politischen Präferenzen verwenden. So wird zum Beispiel die Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft 60 plus“ der SPD, Angelika Graf, mit folgender Aussage zitiert: „Ich weiß von Kolleginnen, die die Wahl auszählen und berichten, dass aus den Pflegeheimen der Arbeiterwohlfahrt nur SPD-Stimmen kommen und aus den Caritas-Heimen nur CDU-Stimmen.“

Geschehe dies häufiger, so kann das Ergebnis der Wahlen schnell verfälscht und die Demokratie untergraben werden. Bei Kommunalwahlen und bei Wahlen mit niedriger Wahlbeteiligung entscheiden oft wenige Stimmen über ein Mandat. Bei einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent wie bei der Europawahl 2009 reichten rund 130.000 Stimmen für den Einzug in das Parlament. Bei der letzten Bundestagswahl scheiterte die FDP wegen nur 90.000 Stimmen an der 5-Prozent-Hürde. Generell gelte: „Wer wählt, übt Herrschaft aus.“

### Politisch heikel

Politisch ist die Frage, ob und wann ein an Demenz erkrankter Bürger sein Wahlrecht abgeben muss, äußerst sensibel, wenn nicht sogar ein Tabu-Thema. Wie sollte die Wahlfähigkeit bei Demenzkranken geprüft werden? Durch eine medizinisch-psychiatrische Untersuchung? An welchem Punkt würde das Wahlrecht entzogen? Wer diese Fragen stelle, werde in Deutschland schnell „als Gegner der Inklusion gebrandmarkt“, so Wehner. Außerdem würden sicherlich auch viele Gesunde den „Wahl-TÜV“ nicht bestehen. Ein solcher Test würde wahrscheinlich nur das ganze Ausmaß an politischer Unkenntnis in der Bevölkerung zu Tage spülen, was die Bundesregierung gerne zu vermeiden suche.

Eine andere Lösung könnte die Übertragung des Wahlrechts auf den Ehepartner, ein Kind oder eine andere Vertrauensperson des Demenzkranken darstellen, wie die ehemalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt vorschlägt. Die Überlegung, in einer Vorsorgevollmacht festzulegen, wie Angehörige im Sinne des Demenzen wählen sollen, finde auch in Teilen der Unionsfraktion Zustimmung. Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn (CDU), wird mit der Aussage zitiert, „Es ist schon schwer zu erklären, warum jemand mit schwerster Demenz [...] sein Wahlrecht behält.“

Der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Marcus Weinberg (CDU) und die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) halten dagegen, das Wahlrecht sei ein höchst persönliches Recht, das weder übertragen werden noch in einer Vorsorgevollmacht geregelt werden könne. Die Grünen und die Linkspartei setzen sich dafür ein, allen Menschen die politische Teilhabe an der Demokratie zu ermöglichen und wollen auch die Ausschlüsse vom Wahlrecht für unter Betreuung stehende Personen abschaffen. Demenzerkrankten das Wahlrecht abzuerkennen, sei eine klare Diskriminierung, sagte die behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Corinna Rütter, dem „FAS“-Journalisten. Ähnlich äußerten sich die Verbände, die Demenzkranke vertreten, wie zum Beispiel die Deutsche Alzheimer-Gesellschaft.

---

## Forschungsgruppe gegründet

Um die politisch sensible Debatte mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu untermauern, hat das Bundesarbeitsministerium zusammen mit dem Innen- und Justizministerium eine Forschergruppe beauftragt. Sie soll untersuchen, wie Behinderte ihr Wahlrecht ausüben und Vorschläge machen, wie in Zukunft mit Ausschlüssen vom Wahlrecht umgegangen werden kann. Da es Menschen gebe, „denen jede Einsichtsfähigkeit“ fehle, müssten auch rechtliche Regeln bestehen, die eine solche Entscheidungsunfähigkeit berücksichtigen, sagte Heinrich Lang von der Universität Greifswald und Mitglied der eingesetzten Forschergruppe. Ob das Ergebnis vor der nächsten Wahl vorliegt, bleibt abzuwarten.

*Der Artikel „Wer wählt für die Dementen?“ von Markus Wehner, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 25. Mai 2014, ist [hier](#) abrufbar.*



## Europa

### Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien im Europaparlament

Zum achten Mal wurden vom 22. bis 25. Mai 2014 die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt. Zum ersten Mal gehören ihm nun auch 86 Abgeordnete rechtsradikaler oder rechtspopulistischer Parteien an. Dass diese Parteien in der Regel nicht zu den Befürwortern sozialliberaler Thesen gehören, ist offensichtlich. Die Forderung des französischen „Front National“, französische Staatsbürger/innen bei der Arbeitsplatzsuche und bei Sozialleistungen zu bevorzugen, oder der Vorschlag eines Einwanderungsstopps für Muslime im Parteiprogramm der niederländischen „Partij Voor de Vrijheid“ sind hierfür nur einige Beispiele. Gleichzeitig bildet das Europäische Parlament oftmals gerade in diesen sozialen Fragen eine befürwortende Opposition gegenüber dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission. Wie groß wird also der Einfluss dieser 86 Abgeordneten im EU-Parlament in den nächsten fünf Jahren sein, und wird er Auswirkungen auf soziale Themen haben?

#### Eine neue rechte Fraktion?

Das Wichtigste vorweg: Trotz des enormen Zuwachses verfügen diese 86 Abgeordneten „nur“ über 10,9 Prozent und damit über nicht genug Stimmen, um Gesetzesentwürfe zu blockieren. Jedoch könnten die Abgeordneten der rechten Parteien auf andere Weise Einfluss nehmen, nämlich durch das Formen einer weiteren Fraktion – also einem Zusammenschluss ihrer Parteien – im Europaparlament. Zwar gab es bereits während der vorangegangenen Wahlperiode die europakritische Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ und die europäische rechte Partei „Europäische Allianz für Freiheit“ (EAF). Um aus ihr eine neue rechte Fraktion zu bilden, wären jedoch mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedstaaten nötig, was für die sehr unterschiedlichen Parteien eine nicht unerhebliche Hürde darstellt. Das Gründen einer Fraktion hätte für die Rechtsradikalen und -populisten jedoch zwei entscheidende Vorteile:

#### Erster Vorteil: zusätzliche finanzielle Mittel

Als Partei stand der EAF und der dazugehörigen Denkfabrik ein Etat von jährlich etwa 600.000 Euro zu. Zum Vergleich: Als Fraktion ständen ihr laut Berechnungen der Denkfabrik „Open Europe“ jährliche Subventionen in Höhe von 2.975.000 Euro für den Aufbau und Unterhalt der Fraktion, ein weiterer Zuschuss in Höhe von 896.000 Euro sowie 572.210 Euro für eine assoziierte politische Stiftung oder Denkfabrik zu. Für die gesamte Wahlperiode bis 2019 entspräche das einer Summe von über 22 Millionen Euro, zusätzlich zu den Gehältern der Abgeordneten, welche sich in der gleichen Zeit auf 41,4 Millionen Euro (brutto) addieren (Kosten für Ausgaben, Abfindungen und Renten nicht mitgerechnet). Durch diese enorme finanzielle Stärkung könnten die rechten Parteien ihre EU-Abgeordneten mit zusätzlichen Mitarbeitern unterstützen.

#### Zweiter Vorteil: ergänzende parlamentarische Rechte

Ein weiterer inhaltlicher Vorteil ergäbe sich aus den ergänzenden parlamentarischen Rechten, welche einer Fraktion zustehen. Diese beinhalten insbesondere das Recht, in den Ausschüssen des EU-Parlaments vertreten zu sein. So hätten die Abgeordneten die Möglichkeit, Änderungsvorschläge zu jedem Gesetzesvorschlag vorzulegen. Auch wenn diese Vorschläge mutmaßlich nicht mehrheitstauglich wären, müssten sich die restlichen Abgeordneten mit den Vorschlägen befassen. Konkreten Einfluss könnte die

Fraktion nehmen, wenn es ihr gelänge, innerhalb des jeweiligen Ausschusses den Berichterstatter, also den Verhandlungsführer des Parlaments, für einen bestimmten Gesetzesvorschlag zu stellen. Für die Themen der Sozialwirtschaft ist es zwar unwahrscheinlich, dass die restlichen Fraktionen dies zulassen würden, jedoch stände es auch der rechten Fraktion zu, für einige Gesetzesvorschläge den Berichterstatter zu stellen.

### **Bisherige Erfahrungen mit rechten Parteien im Europäischen Parlament**

Eine solche „rechte Fraktion“ wäre keine Neuheit: Den ersten Versuch gab es bereits nach der zweiten Europawahl 1984. Die „Fraktion der Europäischen Rechten“ (ER) bestand fünf Jahre bis 1989. Vorsitzender war der bekennende Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen, Vater der heutigen Vorsitzenden des „Front National“. 1989 bestand die Fraktion als „Technische Fraktion der Europäischen Rechten“ (GTDE) weiter. Allerdings hatten die Parteien abgesehen von ihrer Abneigung gegen den europäischen Integrationsprozess nur wenige Gemeinsamkeiten. So lehnten die deutschen „Republikaner“ eine Zusammenarbeit mit dem italienischen „Movimento Sociale Italiano“ wegen der Frage um Südtirol ab. Diese wiederum verweigerte eine Zusammenarbeit mit dem „Front National“. 1994 löste die Fraktion sich schließlich auf.

Noch unbeständiger war der Versuch einer Fraktionsbildung im Januar 2007 unter dem Namen „Identität, Tradition, Souveränität“ (IST). Nach der Äußerung der Europaabgeordneten und Enkelin des gleichnamigen Diktators Mussolini, dass „Rauben für die Rumänen zu einem Lebensstil geworden“ sei, trat die rumänische „Partidul România Mare“, ihrerseits bekannt für Hetze gegen Roma und Homosexuelle, aus der Fraktion aus. Damit erfüllten die verbleibenden Mitglieder nicht mehr die Mindestanforderungen an eine Fraktion, und die IST löste sich nach nur zehn Monaten auf.

Insgesamt zeigte sich in der Vergangenheit, dass der Widerspruch zwischen nationalistischen bzw. rassistischen Ideologien der Parteien und einer europäischen Zusammenarbeit im EU-Parlament bislang größer war als die Gemeinsamkeiten.

### **Auch diesmal gilt: Rechts ist nicht gleich rechts**

Diese Widersprüche sorgen auch diesmal für Differenzen zwischen den Parteien, weshalb ein Zusammenschluss als Fraktion nicht selbstverständlich ist. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Parteien ist ihre Darstellung in der Öffentlichkeit. Während beispielsweise die deutsche NPD oder die ungarische „Jobbik“ offen als rechtsradikale Parteien auf sich aufmerksam machen, grenzen sich gemäßigte Rechtspopulisten wie etwa die dänische „Dansk Folkeparti“ oder die britische „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) durch ein vergleichsweise bürgerliches Image von ihnen ab. Obwohl auch sie mit Slogans gegen Zuwanderer/innen wie „Say no to unlimited immigration“ ihren Wahlkampf betrieben haben, wird eine Zusammenarbeit mit Parteien wie der NPD oder „Jobbik“ strikt abgelehnt.

Hinzu kommt, dass das geltende EU-Recht eine technische Fraktion verbietet und eine einheitliche Weltanschauung als Bedingung voraussetzt. Auch diesmal zeigt sich, dass die rechten Parteien bis auf ihre anti-europäische und ausländerfeindliche Gesinnung wenig vereint. Streitthemen sind dabei insbesondere der Umgang mit ethischen Grundsatzfragen wie Homosexualität oder Abtreibung, aber auch außenpolitische Themen wie der Umgang mit Israel oder Russland. Daher bleibt abzuwarten, ob in der

---

Legislaturperiode bis 2019 eine rechte Fraktion zustande kommt, und wenn ja, ob diese Bestand haben wird.

## Fazit

In Bezug auf den Einfluss rechtsradikaler und -populistischer Parteien im Europäischen Parlament bleiben vier Dinge festzuhalten:

Erstens werden die Rechten trotz ihres Aufschwungs weiterhin nicht mehrheitsfähig sein. Daher werden sie keinen direkten Einfluss auf Entscheidungsprozesse bei sozialwirtschaftlichen Themen nehmen können, selbst wenn es einen Konsens mit gemäßigten europakritischen Parteien gäbe.

Zweitens werden jedoch die Volksparteien der einzelnen Länder, in welchen die Rechten ein Viertel der Stimmen bekamen (insbesondere Frankreich, Großbritannien und Dänemark), sich mit den jeweiligen Parteien auseinandersetzen müssen. Dies wird vermutlich auch Auswirkungen auf deren Standpunkte im EU-Parlament bzw. im Rat haben und zu schwierigeren Verhandlungen führen.

Drittens wird man nicht nur die regelmäßigen Auftritte der rechten Abgeordneten im Parlament ertragen müssen, sondern auch hinnehmen müssen, dass in den nächsten fünf Jahren mindestens 41,4 Millionen Euro Steuergelder für deren Gehaltszahlung verwendet werden. Falls es zur Gründung einer rechten Fraktion kommen sollte, kämen weitere 22 Millionen Euro für deren Finanzierung hinzu.

Viertens wird die Präsenz rechtsradikaler und -populistischer Parteien Auswirkungen auf die großen Fraktionen der christdemokratischen „Europäischen Volkspartei“ (EPP) und der sozialdemokratischen „S&D“ haben. Werden sich diese beiden nicht einig, könnte eine rechte Fraktion in der Lage sein, Gesetzesvorschläge zu blockieren. Daher werden die großen Fraktionen im Europaparlament noch enger zusammen arbeiten müssen. Da eine echte Abgrenzung zwischen den Fraktionen bereits jetzt bisweilen schwer fällt, besteht die Gefahr, dass in der Wahrnehmung der Wähler/innen bei der nächsten Europawahl 2019 EU-kritische und rechte Parteien die einzige Alternative zu den großen Parteien darstellen.

*Weitere Informationen zu dem Thema finden Sie in folgenden Artikeln:*

*Euractiv.de, 20.05.2014:* [Le Pen liebäugelt mit Vizepräsidentenposten einer neuen Rechtsfraktion](#)

*Euractiv.de, 05.06.2014:* [Nach dem Wahlerfolg: Rechte Parteien drängen an die Brüsseler Fleischtöpfe](#)

*Die Zeit Online, 26.05.2014:* [Die Uneinigkeit der Rechten](#)

*Open Europe, 28.04.2014:* [None of the above – what impact will the rise of anti-EU parties have on the next European Parliament?](#)

## Demografie

### Führen mehr Krippenplätze zu mehr Geburten?

Unter allen OECD-Ländern verzeichnet Deutschland mit 8,1 die niedrigste Geburtenrate pro 1.000 Einwohner. Schon lange werden weniger Kinder geboren als nötig wären, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten. Obwohl mehr Menschen nach Deutschland zugewandert sind, ist die Bevölkerung in den letzten zehn Jahren schon geschrumpft. Gleichzeitig altert die Bevölkerung immer mehr, weil nicht nur weniger Kinder geboren werden, sondern auch die Lebenserwartung steigt. Mit dieser Entwicklung gehen massive Probleme für die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme einher.

Seit Mitte der 2000er Jahre versucht die Familienpolitik in Deutschland dem demografischen Wandel mit politischen Maßnahmen aktiv zu begegnen und die Geburtenrate über verschiedene Anreize zu steigern. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. In diesem Zusammenhang wurde auch der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren ab dem Jahr 2005 besonders stark gefördert.

#### Auswirkungen auf die Geburtenrate

Das „ifo Institut“ München hat nun erstmalig den Ausbau der Krippenplätze in Westdeutschland im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Geburtenrate untersucht. Die Forscher fanden heraus, dass ein Anstieg der Betreuungsquote für unter dreijährige Kinder um zehn Prozentpunkte zu einem durchschnittlichen Anstieg der Geburtenrate um 2,8 Prozent führt. Dies entspricht 1,2 mehr Geburten pro 1.000 Frauen. Mehr Krippenplätze führten zu mehr Geburten, so lautet das Resultat der Studie.

Insbesondere 30- bis 34-jährige verheiratete Mütter würden sich durch den Krippenausbau eher für ein weiteres Kind entscheiden. In der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen habe sich die Geburtenrate infolge des Krippenausbaus um 3,3 Prozent erhöht. Die Wahrscheinlichkeit für Zweitgeburten sei um 4,1 Prozent und für Drittgeburten um 7,0 Prozent gestiegen. Für Erstgeburten wurde dagegen nur ein Anstieg der Wahrscheinlichkeit um 2,2 Prozent ermittelt.

#### Methodik der Studie

Die Studie verwendete Mikrodaten des Geburtenregisters, das detaillierte Hintergrundinformationen zu allen Geburten in Deutschland enthält, sowie Daten zu Betreuungsquoten in den 325 westdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten für unter dreijährige Kinder der Jahre 1998 bis 2010. Dauerhafte Unterschiede in der Geburtenrate zwischen den Kreisen wurden ebenso herausgerechnet wie etwa die Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsstruktur, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, die Beschäftigungsquoten, die Gemeindefinanzen oder auch die Ergebnisse politischer Wahlen.

„In unseren Analysen können wir sicherstellen, dass die Wirkungskette tatsächlich von den Krippen hin zu mehr Geburten geht und nicht etwa anders herum“, sagte der Autor der Studie, Stefan Bauernschuster von der Universität Passau, bei der Veröffentlichung. Außerdem könne ausgeschlossen werden, dass die positiven Effekte des Krippenausbaus auf die Geburtenrate rein kurzfristiger Natur seien und durch reine Vorzieheffekte entstünden. Es seien keine Hinweise darauf gefunden worden, dass

---

ohnehin geplante Geburten einfach nur vorgezogen wurden. Vielmehr deute alles darauf hin, dass die Geburtenrate durch den Krippenausbau tatsächlich langfristig steige bzw. nicht noch weiter sinke.

### **Konsequenzen für die Politik**

Die Studie zeige, dass der Staat die äußeren Faktoren für die Erfüllung von Kinderwünschen positiv beeinflussen kann, so der Ko-Autor der Studie, Timo Hener vom „ifo Institut“. Mit dem konsequenten Ausbau der Krippenplätze für Kleinkinder habe die Politik scheinbar einen vielversprechenden und wirksamen Weg beschritten, die Geburtenrate in Deutschland zu steigern bzw. ein weiteres Absinken zu verhindern.

*Die Studie „Kinder einer Politikreform: Führen mehr Krippenplätze zu mehr Kindern?“ von Stefan Bauernschuster u.a. ist im „ifo Schnelldienst“ 10/2014 erschienen und kann [hier](#) heruntergeladen werden.*

## Bildung

### Babywatching in Kindergärten und Schulen

Manche Ideen sind so einfach und klar, dass man sich wundert, dass sie nicht längst in den Alltag der Kindergärten und Schulen Eingang gefunden haben. Zu diesen Ideen gehört das „B.A.S.E.<sup>®</sup> – Babywatching im Kindergarten / in der Schule zur Förderung von Feinfühligkeit und Empathie, als Prävention gegen Angst und Aggression“.

Die Natur hat es so eingerichtet, dass Babys und kleine Kinder einen Schlüsselreiz ausüben. „Kindchenschema“ hat der Verhaltensforscher und spätere Nobelpreisträger Konrad Lorenz diesen äußerst effektiven Trick der Natur bei Babys schon 1943 genannt und eine Liste der wesentlichen Merkmale aufgestellt. Mit ihren großen Augen, runden Pausbacken, Stupsnasen, großen runden Köpfen, kurzen Armen und Beinen sind Babys einfach niedlich. Damit fällt es den Eltern leichter, sich um ihre Babys zu kümmern und nachts auch noch zum x-ten Mal aufzustehen, wenn sie schreien. Man findet das Kindchenschema hinreißend, so will es die Natur. Selbst wenn man keine eigenen Kinder hat, wirken die Schlüsselreize und wecken Beschützerinstinkte und Streichel-Reflexe.

Die Zeitschrift „epd sozial“ berichtet am 29.03.2014 in ihrem Beitrag „Alle freuen sich auf Baby Anton“ von den Erfahrungen einer fünften Klasse der Janusz-Korczak-Schule in Ibbenbüren mit dem Konzept „B.A.S.E.<sup>®</sup> – Babywatching“.

#### **Anton geht mit seinen 15 Wochen bereits zur Schule**

Einmal in der Woche ist eine ganz besondere Unterrichtsstunde. Mama Melanie kommt mit ihrem Sohn Anton in die Schulklasse und lässt die Kinder der fünften Klasse dieser Förderschule teilhaben an dem kleinen Glück, sich ganz ihrem Baby zu widmen. Zwanzig Minuten lang schauen die Kinder zu, wie Anton gewickelt, gestillt und im Arm gewiegt wird. Begleitet wird Melanie von einem B.A.S.E.<sup>®</sup>-Gruppenleiter, durch dessen Fragetechnik es den Schulkindern gelingt, sich in die jeweilige Situation einzufühlen. „Wie würdet Ihr euch fühlen, wenn ihr so getröstet werdet?“, lautet seine Frage als Anton weint, weil er erschrocken ist. „Gut, weil man weiß, dass man geschützt ist“, antwortet einer der Schüler.

Die Lehrerin merkt eine Veränderung an ihren Schülern. Die Zappelphilipps werden ruhiger und die stillen, ängstlicheren Kinder tauen langsam auf. Das Klima in der Klasse habe sich nachhaltig verbessert. Die Kinder würden insgesamt feinfühlicher und übertragen dieses Verhalten auf ihr Spiel und den Umgang miteinander. Auch die Pädagogen genießen diese besondere ruhige Unterrichtsstunde, auf die sie sich nicht besonders vorbereiten müssen. Für viele Einzelkinder ist dies die einzige Möglichkeit, ein Baby so ganz aus der Nähe zu sehen und seine Entwicklung zu verfolgen. Ein ganzes Jahr lang können sie miterleben, wie Anton seine Welt erkundet. Welche Freude wird es geben, wenn er das erste Mal krabbelnd oder sogar laufend in die Klasse kommt oder sein erstes Wort spricht.

## Geschichtlicher Hintergrund von „B.A.S.E.® – Babywatching“

Das B.A.S.E.®-Programm geht zurück auf den 1928 in Lodz geborenen Psychiater und Psychoanalytiker Henri Parens, der in seiner Kindheit Flucht, Vertreibung und die Ermordung seiner Mutter in Auschwitz erleben musste. Aus dieser Erfahrung heraus wendete er sich als Kinderanalytiker gegen Krieg und Rassismus. Auf seinen Studien zur Vorbeugung von aggressiven Verhaltensstörungen bei Kindern gründet sich das Präventionsprojekt „B.A.S.E.®-Babybeobachtung im Kindergarten und in der Schule gegen Aggression und Angst zur Förderung von Sensitivität und Empathie“ von PD Dr. med. Karl Heinz Brisch. Er leitet als Oberarzt die Abteilung Pädiatrische Psychosomatik und Psychotherapie an der Kinderklinik und Poliklinik im Dr. von Haunerschen Kinderspital der Ludwig-Maximilian-Universität München und ist Dozent sowie Lehr- und Kontrollanalytiker am Psychoanalytischen Institut Stuttgart.

Der Forschungsschwerpunkt von Brisch umfasst den Bereich der frühkindlichen Entwicklung zu Fragestellungen der Entstehung von Bindungsprozessen und ihren Störungen. Das B.A.S.E.®- Programm, das sich Brisch schützen ließ, steht für

B= Baby-Watching, A= against Aggression and Anxiety, S = for Sensitivity, E = for Empathy. Es begann 2004 in einer Kindergartengruppe in Gilchingen in Oberbayern. Mittlerweile ist „B.A.S.E.®-Babywatching“ mit ersten Projekten auch in Österreich, Neuseeland, Großbritannien und den Niederlanden verbreitet.

## Babywatching in Frankfurt am Main

Ein weiteres deutsches Projekt gibt es in Frankfurt am Main. Es startete am 11. September 2012 für den Zeitraum von eineinhalb Jahren. Dabei handelt sich um eine Kooperation zwischen der Stadt Frankfurt und dem Klinikum der Ludwig-Maximilians Universität München. Das Schulamt Frankfurt ermöglicht 40 Frankfurter Kindertageseinrichtungen die Einführung des Präventionsprogramms. Daraufhin haben sich 64 pädagogische Fachkräfte für die Ausbildung zum B.A.S.E.®-Gruppenleiter gemeldet. Für das Pilotprojekt erhalten die teilnehmenden Einrichtungen einige Sonderleistungen, die durch die Stadt Frankfurt finanziert werden. Die Pilotphase endete im Juni dieses Jahres.

## Fazit

Das Babywatching ist kostengünstig und bietet positive Erfahrungen für alle Beteiligten. Die Ausbildung zum B.A.S.E.®-Gruppenleiter dauert nur einen Tag und setzt an die Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals an. Anhand von Live-Demonstrationen und Videobeispielen wird die spezielle Fragetechnik eingeübt. Auf Grund des geringen Zeitaufwandes, der leichten Durchführbarkeit und weil keine Vor- und Nachbereitungszeit notwendig ist, kann unmittelbar mit dem B.A.S.E.®-Programm begonnen werden.

Mehr zum Thema „B.A.S.E.® – Babywatching“ finden Sie [hier](#).

## Gesundheit

### Organisierte Beihilfe zum Suizid

Sterbehilfeorganisationen, die Menschen Beihilfe zur Selbsttötung anbieten, entzweien die Gemüter. Ende April 2014 hat die große Koalition ein Verbot jeglicher Formen der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung angekündigt. Auf Basis eines „Fahrplans für ein Gesetz zur Sterbehilfe“ soll es nach der Sommerpause eine fraktionsübergreifende Orientierungsveranstaltung zu dem Thema im Bundestag geben. Im Anschluss an diese Debatte sollen sich Gruppen von Abgeordneten finden, die erste Gesetzesinitiativen ausarbeiten. Die Beratung des Gesetzesentwurfs im Bundestag ist im ersten Quartal 2015 vorgesehen. Ein Grund für die erneut entflammte Diskussion zum Thema organisierte Beihilfe zum Suizid ist die vielerorts abgelehnte Tätigkeit von Sterbehilfeorganisationen, die Menschen Beihilfe zur Selbsttötung anbieten.

Ein Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung von Norbert Arnold nahm die andauernde Debatte zum Anlass, das Thema der organisierten Suizidhilfe in einem größeren Zusammenhang darzustellen. Indem der Autor alternative Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen in Notsituationen erläutert, macht er seinen Standpunkt gegen eine organisierte Suizidhilfe deutlich und spricht sich für ein Verbot aus.

Keinen Regelungsbedarf hat nach Ansicht des Autors die ärztliche Beihilfe zum Suizid. Auch die aktuell gültige Ordnung, nach der die Beihilfe zum Suizid nicht generell unter Strafe gestellt wird, bewertet der Autor der Analyse positiv.

### Alternativen zur organisierten Beihilfe zum Suizid

Das Recht des Menschen auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortung gilt auch in seiner letzten Lebensphase. Diesen Grundsatz, so die Argumentation des Berichts, gelte es auch bei dem Wunsch, vorzeitig zu sterben, zu berücksichtigen. Man müsse allerdings die letzte Lebensphase von Betroffenen differenziert betrachten. So sei der Wunsch zu sterben oftmals ein Schrei nach Hilfe, um aus einer gewissen unerträglichen Situation herausgeholt zu werden. Infolgedessen seien Maßnahmen von Bedeutung, die die Leiden Betroffener mildern können, wie etwa medizinische Systemkontrolle (vor allem Schmerzlinderung), psychologische und seelsorgerische Hilfe sowie sozialer Beistand.

Die Förderung der Palliativmedizin und der Hospize spiele dabei eine besonders große Rolle. Die Palliativversorgung von Patienten und deren Familien, die eine ganzheitliche Behandlung fokussiert, bietet durch Vorbeugen und Lindern von Leiden, richtiges Einschätzen von Beschwerden und Schmerzen, wenn eine kurative Behandlung nicht mehr auf die Erkrankung anspricht, einen Ansatz zur Verbesserung der „Lebens-Situation“. Die gesetzliche Grundlage ist im SGB V geregelt. Die Finanzierung erfolgt über die gesetzlichen Krankenkassen. Aufgrund eines Unterangebots fehlt aktuell etwa 435.000 bedürftigen Menschen diese Art der Versorgung. Daher müsse ein weitergehender Ausbau stationärer und ambulanter Einrichtungen erfolgen, wobei es auch die dünn besiedelten, ländlichen Regionen zu berücksichtigen gelte. Dazu gehöre auch die Einbindung von Hausärzten und Sozialstationen sowie die Aus- und Fortbildung von Ärzten und Pflegekräften im Bereich der Palliativmedizin.



---

## Gestaltung der letzten Lebensphase

Eine neue gesellschaftliche Debatte zur Sterbehilfe müsse angeregt werden, so eine Folgerung der Analyse. Diese solle gewährleisten, dass die Öffentlichkeit Kenntnisse darüber bekommt, was rechtlich zulässig und ethisch begründbar ist. Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Sterben und Tod müsse schon in der Schule beginnen. Sowohl in der bio- und medizinethischen, als auch in der gesundheitlichen Aufklärung sei der Umgang mit dem Sterben zu behandeln.

Insbesondere in der letzten Lebensphase sollten Menschen sich mit dem eigenen Sterben auseinandersetzen. Die selbstbestimmte Lebensführung könne gestärkt werden, wenn schon in „gesunden Tagen“ Vorkehrungen getroffen und realistische Vorstellungen durchdacht würden. Kompetente Dienste und Einrichtungen müssten ergänzend zum Einsatz kommen und beratende Unterstützung in der letzten Lebensphase leisten. Die Verfügbarkeit solcher Dienste sei nicht nur für alte Menschen, sondern auch für junge Menschen wichtig. Es komme durch die Betonung der Selbstbestimmung zudem zu einer verstärkten Einforderung des Mitspracherechts zwischen Arzt und Patient.

## Selbstbestimmung bis zum Schluss

Das im Jahr 2009 in Kraft getretene Patientenverfügungsgesetz stärkte die Selbstbestimmung von Patienten abermals, indem eine schriftliche Patientenverfügung bei vorliegender medizinischer Indikation Verbindlichkeitsstatus erhält. Allerdings, so bemängelt die Analyse, sei es nicht mustergültig: Zum einen fehle die Beratungspflicht bei der Erstellung der Verfügung, und zum anderen gebe es keine Regelung darüber, wie eine Meinungsänderung des Patienten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Arzt und Patienten gelöst werden können.

Die Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung spricht sich dafür aus, ethisch-rechtliche Tabus einzuhalten und Menschen in der schweren Lebenssituation wirkungsvoll zur Seite zu stehen. Die Hemmschwelle für eine Suizidbeihilfe müsse so hoch gesetzt werden, dass Zeit und Raum bleibe, um Alternativen auszuloten. Dabei sei insbesondere die Palliativmedizin ein sinnvolles Mittel, um die letzte Lebensphase qualitativ zu verbessern. Aufklärungskampagnen und Beratungsdienste könnten hilfreiche Möglichkeiten in der angstbesetzten letzten Lebensphase eröffnen. Der Beitritt in Sterbehilfevereine bringe den Betroffenen zwar oftmals nur Beruhigung, ohne dass sie die Dienste tatsächlich in Anspruch nähmen. Allerdings berge die organisierte Sterbehilfe die Gefahr, den Freitod als „einfacheren Weg“ anzusehen.

*Der Bericht „Verbot der organisierten Beihilfe zum Suizid“ von Norbert Arnold aus der Publikationsreihe „Analysen und Argumente“ der Konrad-Adenauer-Stiftung ist [hier](#) abrufbar.*

## Die IT – das Rückgrat des Krankenhauses

Backbone – dieses englische Wort, das im Bereich der Informationstechnologie (IT) Anwendung findet, wird übersetzt mit Rückgrat. Es ist der Hauptstrang der IT, der die Basisnetze miteinander verknüpft. IT im Krankenhaus spielt eine zunehmende Rolle. Die Krankenhäuser haben eine Herkulesaufgabe: Sie stehen vor ihrem Versorgungsauftrag für einen steigenden Bedarf, vor knapper werdenden personellen Ressourcen, denn auch vor den Mitarbeitern eines Krankenhauses macht der demografische Wandel nicht Halt, und vor der Notwendigkeit, sich am Kredit- und Kapitalmarkt finanzielle Mittel zu beschaffen. Insgesamt sind Krankenhäuser auf vielfältige Information und deren effektive Nutzung angewiesen. Informationssysteme bzw. Informationstechnologie sind dafür notwendig und hilfreich. Ihre Einführung, Pflege und Weiterentwicklung stellen komplexe Prozesse dar. Die genaue Kenntnis der Kosten-Nutzen-Strukturen im IT-Bereich kann für den Erfolg eines Krankenhauses maßgeblich sein. Die IT wird zum Rückgrat des Krankenhauses.

Welchen Stellenwert hat die IT in Akutkrankenhäusern und wie ist ihr Nutzen zu bewerten? Diese Fragen stellt die Studie von „HIMSS Europe“, einer weltweit tätigen gemeinnützigen Organisation, die die Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch den Einsatz von Informationstechnologie zum Ziel hat. Unterstützt wird HIMSS bei der Studie „Nutzeneinschätzung von Informationstechnologie in deutschen Krankenhäusern“ von der amerikanischen IT-Firma DELL.

### Zielgruppe und Erhebungsdesign

Die Studie wandte sich an Verantwortliche von IT-Abteilungen in deutschen Akutkrankenhäusern mit 300 und mehr Betten. Strukturierte quantitative Telefoninterviews wurden im Zeitraum vom 25. Februar 2014 bis zum 31. März 2014 mit 61 Personen durchgeführt. Verglichen mit der Grundgesamtheit sind bei der Befragung Häuser mit 300-399 Betten etwas unter- und Häuser mit mehr als 700 Betten etwas überrepräsentiert. 89 Prozent der Befragten stammen aus nicht-gewinnorientierten Einrichtungen in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft. Der größte Teil der Einrichtungen ist Teil einer Einkaufsgemeinschaft.

### Einige Studienergebnisse

Die IT-Leiter schätzten den Nutzen von Informationstechnologie positiv ein. Bei Einzelkrankenhäusern, die nicht Teil einer Einkaufsgemeinschaft sind und Investitionen meist alleine schultern müssen, sowie großen Krankenhäusern mit naturgemäß größeren Investitionsvolumen war die Nutzenwahrnehmung etwas geringer. In der Mehrzahl der Krankenhäuser – insbesondere bei den Verbundkrankenhäusern – werde IT nicht als Kostentreiber wahrgenommen. Die IT-Leiter sahen den Nutzen besonders bei administrativen und klinischen Abläufen. Die Informationstechnologie erfährt bei der Gestaltung und Verbesserung der Arbeitsprozesse sowie bei der Verbesserung der Qualität der Patientenversorgung überwiegend Zuspruch.

Potenziale für Themen wie präventive Gesundheitsmaßnahmen und Patientenbeteiligung scheinen den IT-Leitern von untergeordneter Bedeutung. Möglichkeiten der Nutzensteigerung bestünden in veränderten Organisationsstrukturen, verbesserten Anwenderschulungen und höheren IT-Budgets. Große Häuser sehen sich vor allem durch den Fachkräftemangel und die kleineren Häuser durch fehlende finanzielle Mittel „ausgebremst“. IT-Unternehmen sollten künftig ihr Angebot um Anwendertrainings sowie um Prozess- und Projektberatung mit klinischem Blickwinkel ergänzen.

Hemmnisse für die Nutzensteigerung werden u. a. bei der mangelnden Interoperabilität von IT-Systemen, unklaren bzw. komplexen gesetzlichen Bestimmungen und einer unzureichenden Kundenorientierung von IT-Herstellern gesehen.

### Geplante Investitionen

In den nächsten zwölf Monaten ständen in den IT-Abteilungen von Akutkrankenhäusern Investitionen in Datensicherheit, Hardware und Virtualisierungsprojekte sowie der Ausbau der elektronischen Patientenakte im Mittelpunkt. Während heute in Netzwerk und Server investiert werde, verschiebe sich der Fokus in den nächsten drei Jahren hin zu mobilen Endgeräten und deren Management.

Über die Hälfte der befragten Einrichtungen plane innerhalb der nächsten drei Jahre mit Hardware-Investitionen zwischen 250.000 Euro und einer Million Euro. Die jährlichen Budgets (inklusive Software-, Service-, Personalkosten usw.) lägen bei etwa der Hälfte aller Krankenhäuser, die über mehr als 300 Betten verfügen, zwischen 0,5 und 2,5 Millionen Euro.

*Sie können das Whitepaper von HIMSS Europe „Nutzeneinschätzung von Informationstechnologie in deutschen Krankenhäusern nach Anmeldung [hier](#) kostenlos herunterladen.*

## Neue Medien

### Krankenhäuser und die Nutzung sozialer Netzwerke

Soziale Netzwerke verzeichneten in den letzten Jahren enorme Wachstumsraten. Allein beim größten sozialen Netzwerk Facebook sind inzwischen weltweit rund 1,2 Milliarden Nutzer registriert, davon etwa 24 Millionen in Deutschland. Noch vor zehn Jahren kannte kaum jemand den Begriff, der heute aus vielen Bereichen des Lebens nicht mehr wegzudenken ist. Die sozialen Netzwerke werden heute nicht nur von Individuen zur Kommunikation genutzt, sondern auch verstärkt von Unternehmen sowie Organisationen. Dabei stehen meist Marketingaktivitäten, Kundenkommunikation und die Rekrutierung von Fachkräften im Vordergrund. Dieser Trend ist auch an der Gesundheits- und Sozialwirtschaft nicht vorübergegangen. Zu den zentralen Akteuren in diesem Bereich zählen die Krankenhäuser.

Vor diesem Hintergrund hat Sebastian Merkel vom Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule das Nutzungsverhalten und die Aktivitäten von Krankenhäusern im sozialen Netzwerk Facebook untersucht. Die Ergebnisse seiner Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen.

#### Nur wenige Krankenhäuser nutzen Facebook

Von den rund 2.000 Krankenhäusern in Deutschland hatten zum Untersuchungszeitpunkt Ende Mai/ Anfang Juni 2013 etwa 16 Prozent ein eigenes Facebook-Profil. Allerdings waren nur 6,4 Prozent dort auch aktiv, d. h. die Facebook-Wall enthielt mehr als 25 Beiträge und das Profil verfügte über ein Impressum. Genutzt wird Facebook als Marketinginstrument, um Kunden- und Patientenkontakte zu knüpfen sowie Informations- und Meinungs austausch zu betreiben. Im Vordergrund steht das Verfassen eigener Beiträge. So stammten 95 Prozent der auf den Facebook-Profilen der Krankenhäuser veröffentlichten Beiträge von den Kliniken selbst. Ein anderes Bild zeigt sich bei den Kommentaren. Diese wurden größtenteils von den Besuchern der Profile verfasst.

#### Größe des Krankenhauses korreliert nicht mit der Nutzungsintensität

Die Vermutung liegt nahe, dass mit der Größe des Krankenhauses die Nutzungsintensität von Facebook zunimmt. Allerdings wird dies von den Ergebnissen der Analyse nicht bestätigt. Die höchste Nutzenintensität (gemessen an der Häufigkeit, mit der neue Inhalte veröffentlicht wurden) wiesen Krankenhäuser mit über 1.000 Betten (0,29 Beiträge pro Tag) und Kliniken mit unter 50 Betten (0,22 Beiträge pro Tag) auf. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Alter der Facebook-Accounts. Krankenhäuser ab 500 Betten sowie mit weniger als 50 Betten nutzten das soziale Netzwerk am längsten. Als mögliche Gründe für die hohe Nutzungsintensität kleiner Krankenhäuser führt der Autoren den gestiegenen Wettbewerbsdruck innerhalb der Gesundheitswirtschaft und flachere Organisationsstrukturen, die die Nutzung sozialer Medien schneller vorantreiben, an.

## Trägerschaft ist eine Determinante der Nutzungsintensität

In Bezug auf die Trägerschaft zeigt sich ein eindeutiges Bild. So sind Krankenhäuser in privater Trägerschaft im Vergleich mit Kliniken in freigemeinnütziger und öffentlicher Trägerschaft schon länger bei Facebook aktiv und veröffentlichen zudem häufiger neue Inhalte. Zum Erhebungszeitpunkt lag beispielsweise die Anzahl der Kommentare bei den privaten Häusern im Median bei 144. Die Werte der freigemeinnützigen und öffentlichen Kliniken lagen mit 114 bei 115 deutlich niedriger.

### Fazit

Die Analyse gibt einen aktuellen Überblick über die Nutzungshäufigkeit und die Aktivitäten der Krankenhäuser im sozialen Netzwerk Facebook. Diese Aspekte möchte das IAT zukünftig durch ein kontinuierliches jährliches Monitoring untersuchen und analysieren. Allerdings sagen die Nutzungshäufigkeit und die Art der Aktivitäten, wie auch der Autor der Analyse anmerkt, nichts über die Inhalte aus. Welche Themen von den Krankenhäusern in soziale Netzwerke transportiert werden, wird bisher nicht erfasst. Dies bedarf einer tiefergreifender Analyse, welche das IAT künftig ebenfalls durchführen will.

*Die Analyse „Krankenhäuser bei Facebook – Landschaft, Nutzung, Aktivitäten“ (12 S; Institut Arbeit und Technik) steht [hier](#) zum Download bereit.*

## Materialien

### Brad Stone: Der Allesverkäufer. Jeff Bezos und das Imperium von Amazon

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2013, 399 S., 24,99 Euro, ISBN 978-3-593-39816-7

Amazon wird bewundert und gefürchtet zugleich. Kaum eine Woche vergeht, in der das Unternehmen keine neuen Schlagzeilen für die Presse liefert. Ob Streikankündigungen in den Logistikzentren, Arbeitskämpfe in der Vorweihnachtszeit, Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft Ver.di oder erbitterte Machtkämpfe mit Verlegern im E-Book-Geschäft – Amazon polarisiert. Für die einen ist Amazon die genialste Errungenschaft seit der Erfindung des World Wide Web, die jeden beliebigen Konsumwunsch sofort und kostengünstig erfüllt und direkt ins Haus bringt. Die anderen sehen in Amazon ein rotes Tuch, den Todesstoß für traditionsreiche Verlage, kleine Buchhandlungen und andere inhabergeführte Geschäfte in den bald leeren Innenstädten. Dass das Selbstverständnis von Amazon und seinem exzentrischen Gründer Jeff Bezos ein ganz anderes ist als die Wahrnehmung des Internet-Riesen in der Öffentlichkeit, schildert der amerikanische Journalist Brad Stone detailreich in seiner Unternehmensbiografie.

Der Autor schrieb für die „New York Times“ über neue Technologien und arbeitet heute für die „Bloomberg Businessweek“ in San Francisco. Seit 15 Jahren berichtet Stone über Amazon. Sein Buch basiert auf über 300 Interviews mit gegenwärtigen und ehemaligen Führungskräften und Angestellten von Amazon sowie auf zahlreichen Gesprächen mit Jeff Bezos selbst.

#### Was Amazon mit dem Amazonas zu tun hat

Amazon ist IT-Entwickler, Produzent, Händler und Marktplatz zugleich. Mit 182 Millionen Kunden, über 90.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 61 Milliarden Dollar im Jahr 2012 ist Amazon der größte Online-Einzelhändler der Welt. Darüber hinaus ist Amazon ein globales Logistik- und Technologieunternehmen, das immer mehr Produkte und Dienstleistungen anbietet, immer mehr Kunden bindet, die Infrastruktur für Cloud-Computing verkauft und den E-Book-Reader Kindle entwickelt hat.

1994 begann Amazon.com, wie die Firma bis März 2012 offiziell hieß, als Internet-Buchhandlung. Beeindruckend schildert Stone, wie Jeff Bezos mit wildem Elan in der New Economy sein Start-up-Unternehmen aufbaute. Da Bezos nicht von Anfang an seine Vision, „einen Laden für alles“, verwirklichen konnte, wählte er aus geschäftlichem Kalkül für den Einstieg in den Online-Handel den Büchermarkt aus. Er war nicht besonders bibliophil, aber das Buch schien ihm die ideale Ware für den Versandhandel zu sein. Zum einen gab es zu der Zeit weltweit drei Millionen lieferbare Bücher, die selbst die großen Buchhändler unmöglich alle auf Lager halten konnten. Zum anderen ist jedes Exemplar eines Buches in jedem Laden gleich, sodass der Kunde auch bei einer Internetbestellung genau weiß, was er bekommt. Darüber hinaus kann das Buch gut transportiert werden.

Der Name „Amazon“ sollte den unermesslichen Strom an Waren symbolisieren, den die Firma zu liefern gedachte. „Es ist nicht nur der größte Fluss der Welt, er ist um ein Vielfaches größer als der nächstgrößte. Er schlägt alle anderen Flüsse aus dem Feld“, so Bezos Begründung für die Namenswahl. Dass er sich neben [www.amazon.com](http://www.amazon.com) auch die Website [www.relentless.com](http://www.relentless.com) (*Englisch für gnadenlos, unbarmherzig*) schützen ließ und diese heute immer noch zu Amazon führt, zeigt wie ernst es Bezos von Anfang an

mit seinem Verdrängungswettbewerb war.

### „Get big fast“

Der Einblick in der Gründerphase des E-Commerce, den das Buch bietet, ist faszinierend. Alles schien Ende der 1990er Jahre möglich zu sein, die Regeln wurden selbst gemacht, es wurde improvisiert und radikal neue Wege eingeschlagen. Bezos beendete die erste Stellenausschreibung seiner Firma mit dem Zitat von Alan Kay „Es ist einfacher, die Zukunft zu erfinden, als sie vorherzusehen.“ Dieser Ausspruch war Programm. Die Programmierer arbeiteten rund um die Uhr zwischen Pizzakartons und wegen Überlastung durchgeknallten Sicherungen. Arbeit und Leben waren eins, und den Mitarbeitern wurde alles abverlangt. Wer sich Bezos nicht bedingungslos auslieferte, konnte gleich wieder gehen. In den ersten Jahren des Weihnachtsgeschäfts mussten alle verfügbaren Kräfte nächtelang Geschenke einpacken und tagsüber ihre normalen Aufgaben erledigen. Auch Bezos griff selbst zum Besen, um das Lager zu fegen. Die provisorischen Tischplatten aus ausgehängten Türen wurden auch in späteren Büroräumen noch als Reminiszenz an die Anfangszeit beibehalten.

In atemberaubendem Tempo eroberte Amazon nicht nur Kunden, sondern auch die Investoren der New Economy. Ob die Firma profitabel war oder nicht, spielte zu der Zeit keine Rolle. Durch seine hohen Investitionskosten machte Amazon enorme Verluste, die Finanzmärkte setzten aber kollektiv auf die glorreiche Zukunft des E-Commerce im Allgemeinen und von Amazon im Besonderen und schossen beständig weitere Millionen nach. Von 1998 bis Anfang 2000 brachte Amazon in drei Emissionen 2,2 Milliarden Dollar auf. „Get big fast“ war das Motto dieser Gründerzeit. Die Marktmacht sollte aus der schieren Größe, aus dem Massenumsatz entstehen. Die Margen waren gering, oft genug zahlte Amazon selbst drauf, um seinen Mitbewerbern Kunden abzuluchsen. Dies gipfelte darin, dass Mitarbeiter von Amazon die Lager der Konkurrenz leerkaufte, um die Waren selbst günstiger zu vertreiben.

### Einzelhändler oder Technologieunternehmen?

Die großen amerikanischen Buchhandels- und Einzelhandelsketten wurden förmlich überrannt und scheiterten kläglich mit ihren Versuchen, im Online-Handel mitzuhalten, um Kunden von Amazon zurückzugewinnen. Im Gegensatz zu Amazon waren sie klassische Einzelhändler und hatten keine besondere Erfahrung mit IT und E-Commerce. Bezos bezeichnete Amazon dagegen als „the Unstore“, (*„das Ungeschäft“*), und fühlte sich nicht an die traditionellen Regeln des Einzelhandels gebunden. Überhaupt hat sich Amazon nie als Einzelhändler verstanden, sondern immer als Technologie- und Logistikunternehmen, was sich auch heute noch u. a. in der Verweigerung Amazons zeigt, in Deutschland den Tariflohn des Einzelhandels statt den der Logistikbranche zu akzeptieren.

Dass Bezos zulasten der Ertragssituation von Amazon und seiner Mitarbeiter stets radikal kundenorientiert handelte, zeigte ich auch darin, dass er bei internen wie externen Besprechungen gewöhnlich einen Stuhl „für den Kunden“ frei hielt. So wollte er verdeutlichen, dass bei allen Plänen und Aktivitäten des Unternehmens der Kunde immer im Mittelpunkt stehe.

## „Get our house in order“

Ende des Jahres 1999 wurde Bezos vom „Time Magazine“ als „König des Internets“ titulierte. Amazon hatte 1999 seinen Umsatz fast verdoppelt und drei Millionen neue Kunden gewonnen. Doch der Erfolg währte nur kurz. Die Dotcom-Pleite in den Jahren 2000/2001 bescherte Amazon einen Verlust von über einer Milliarde Dollar. Dass Amazon als einer der wenigen New-Economy-Pioniere das Platzen der Internet-Blase überlebte, führt Stone auf eine „Kombination von Überzeugungskraft, Improvisationstalent und schierem Glück“ zurück. Nun wurde es allerdings dringend notwendig, in dem unkonventionellen Start-up-Unternehmen, das um jeden Preis wachsen wollen, tragfähige Organisationsstrukturen und eine effektive Kostenkontrolle einzuführen. Als neue Parolen wurden „Disziplin, Effizienz und weniger Verschwendung“ ausgegeben.

Mit Jeff Bezos' Unbeirrbarkeit und Besessenheit ließ sich dies jedoch nur schwer vereinbaren. Oft kam es zu heftigen Konfrontationen zwischen Bezos und den eingesetzten Managern; viele wurden verschlissen und wieder gefeuert. Bezos' „manische Getriebenheit und Kühnheit“ siegten immer wieder über „konventionelle Führungsideale wie Konsensbildung und zivilisierte Umgangsformen“. Die Lektion, die ihm sein Großvater versucht hatte beizubringen – „es ist schwieriger, gütig zu sein als klug“ – schien bei Bezos nicht auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Die Mitarbeiter fühlten sich hin- und hergerissen zwischen Verehrung und Angst vor ihrem CEO.

Amazon investierte trotz der Krise weiter in den Ausbau der Technologie und besonders in Algorithmen. Anfang des Jahres 2002 versetzte ein Algorithmus namens „Amobot“ der Amazon-eigenen Redaktionsgruppe den Todesstoß, die bis dahin geistreich und individuell die Leserrezensionen geschrieben hatte. Die Buchempfehlungen wurden nun automatisch generiert – auf Basis von Datenanalyse und Wahrscheinlichkeitsrechnung. Die automatische Personalisierung war laut Stone als Verbesserung des Kundenservices gedacht. Dass heute diese marketingrelevanten Daten im großen Stil auch zum Weiterverkauf, und damit gewiss nicht im Sinne des Kunden, gesammelt werden, lässt der Autor unerwähnt.

## Das Wettrennen mit Apple

Im Jahr 2003 stellte Apple den iTunes-Store vor, überholte Amazon im Musikgeschäft und wurde auf einen Schlag größter Musikhändler in den USA. Songs für 99 Cent zu verkaufen, war zwar nicht profitabel, aber Apple steigerte damit den Verkauf seiner iPods enorm. Bei Amazon, das dreiviertel seiner Einkünfte mit Büchern, Musik und Filmen erzielte, ging plötzlich die Angst um. Was würde passieren, wenn Apple mit einem neuen Gerät auf den Markt käme, das auch die Bücher, Amazons Kerngeschäft, zu einer digitalen Discount-Ware werden ließe? Um dem zuvor zu kommen, preschte Amazon selbst nach vorn und begann mit der eigenen Entwicklung eines Lesegeräts mit Download-Schnittstelle zum Internet, über das Bücher künftig digital vertrieben und gelesen werden sollten. Die ersten Schritte in Richtung des „Kindle“, des E-Book-Readers von Amazon, waren getan.



## Sind Bücher wirklich nur Daten?

Die Ironie der Geschichte will es, dass Amazon damit selbst den Preisverfall bei Büchern herbeiführte. Um den Kindle verkaufen zu können, benötigte Amazon ausreichend digitalen Lesestoff. Bezos und seine Manager setzten die Verlage mit „schleichender Aggressivität“ unter Druck, ihre Bestseller und viele andere Werke zu digitalisieren, damit Amazon eine digitale Bibliothek von zunächst mindestens 100.000 Titeln, vergleichbar mit einer großen Buchhandlung, für den Kindle bereitstellen konnte. So entstand das brachiale „Gazellen-Projekt“, das selbst einige hartgesottene Amazon-Manager für brutal hielten: Verleger wurden nach dem Grad ihrer Abhängigkeit von Amazon eingeteilt, die verwundbarsten wurden wie Gazellen zuerst gejagt. Diejenigen, die sich weigerten, Amazon zu unterstützen, wurden aus den Personalisierungs- und Empfehlungssystemen herausgenommen, ihre Bücher wurden verzögert ausgeliefert. Die Verkaufszahlen sanken um bis zu 40 Prozent. „Normalerweise dauerte es um die 30 Tage, bis sie angebrochen kamen“, so ein Amazon-Einkaufsmanager.

Dass Amazon gedachte, E-Books für den Kindle weit unter Preis zu verkaufen, wurde den Verlegern, mit denen intensive Verhandlungen geführt wurden, bis zuletzt geheim gehalten. Als diese ihre Hardcover-Neuerscheinungen und Bestseller plötzlich für 9,99 Dollar als E-Book bei Amazon sahen, liefen sie Sturm. Als Amazon dann auch noch anfang, die Autoren unter Umgehung der Verlage direkt anzusprechen und ihnen eine höhere Gewinnbeteiligung anzubieten, brach der schwelende Lagerkampf endgültig aus und zog diverse Gerichtsprozesse nach sich. Bezos ging dem Getöse betont gleichmütig aus dem Weg. „Es steht nirgendwo geschrieben, dass Bücher für immer und ewig auf toten Bäumen zu drucken sind“, lautete sein Kommentar. Amazon zeigte sich nun öffentlich als „ein Unternehmen, das nicht nur unbeirrbar innovativ mit allen Traditionen brach, sondern das auch berechnend und skrupellos war“.

## Fazit

Noch ist die Ära von Amazon nicht zu Ende. Im Gegenteil: Jeff Bezos' Visionen reichen noch weit. Wird Amazon letztlich nicht nur der „Laden für alles“, sondern sogar das „Unternehmen für alles“ werden? Werden Amazon-Erfüllungszentren demnächst vor den Toren einer jeden Stadt Kunden über Nacht und Prime-Mitglieder sogar noch am selben Tag mit allen erdenklichen Konsumgütern beliefern? Wer erfahren möchte, wie man eine Geschäftsidee gnadenlos durchsetzt und Einblicke in das exzentrische Denken und Handeln eines charismatisch-cholerischen Gründers erlangen möchte, der wird mit diesem Buch auf seine Kosten kommen.

---

## Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG  
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln  
Telefon 0221 / 97356-237  
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), [s.bauer@sozialbank.de](mailto:s.bauer@sozialbank.de)

Jens Hayer, [j.hayer@sozialbank.de](mailto:j.hayer@sozialbank.de) (Neue Medien)

Nurcan Karapolat, [n.karapolat@sozialbank.de](mailto:n.karapolat@sozialbank.de) (Gesundheit)

Hella Krauß, [h.krauss@sozialbank.de](mailto:h.krauss@sozialbank.de) (Editorial, Bildung, Gesundheit)

Tobias Nickl (BFS Brüssel), [t.nickl@eufis.de](mailto:t.nickl@eufis.de) (Europa)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich